

Dresdner Volkszeitung

Postkassentext: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Ed. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, R.-O. Dresden.
Gebr. Henckels, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abdruck des vollständigen Inhalts mit der täglichen Unter-
haltung des Lesers, Witz, Kunst, außerdem Volk und Welt
sonntags 2 Blätter, halbwöchentlich 1 Blatt, Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch - Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 3581, Dresd-
ener Anzeiger-Verlagsanstalt, Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 3581 und 12707,
Geschäftszeiten von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Normalzei-
tung 5 Pf., die 30 mm breite Normalzei-
tung 10 Pf. und 15 Pf. Normalzei-
tungen 40 Pf. und 50 Pf. für die Druck-
kosten 40 Pf. Abdruck für die Druckkosten 10 Pf.

Nr. 286

Dresden, Freitag den 9. Dezember 1927

38. Jahrg.

Gegen Sachsens Schule

Volksparteiler Heinze als Helfershelfer der Schwarzen

Der Bildungsausschuß des Reichstages be-
schloß am Donnerstag mit den Hebräer- und
Zahlsbestimmungen des Reichsschulgesetzes, zum § 18, der
von den bestehenden Schulen handelt, beantragten die Re-
gierungsparteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei
folgendes § 18a:

„In Gebieten des Reiches, in denen seit dem 1. Ok-
tober 1918 die Schulform geändert worden ist, ist innerhalb
eines Jahres nach Beginn der Durchführung dieses Ge-
setzes ein Antrag auf Umwandlung einer Volksschule in
die frühere Schulform stattzugeben, wenn die Erziehungs-
berechtigten von mehr als der Hälfte der die Schulen be-
suchenden Kinder sich dafür aussprechen.“

Dieser Antrag ist lediglich gegen Sachsen gerichtet,
we vor Auftreten der neuen Verfassung kein Schulwesen
weitergeführt geordnet und fast alle einlässigen Schulen ab-
geschlossen hat. Er wurde begründet von dem deutsch-
nationalen Abgeordneten Philipp aus Sachsen, der
unverkümmelt durchblicken ließ, daß die Rechte ihre Macht be-

nutzen will, um auf dem Gebiete der Schule den alten Zu-
stand wieder herzustellen. Der Vertreter Sachsens,
dessen Unterrichtsminister ein Volksparteiler ist, bekämpfte
den Antrag. Auch Abgeordneter Fleißner (Zsa.) wies
auf die verderblichen Folgen dieses Antrags für Sachsen hin.
Die Mehrheit für den Antrag fand sich aber dadurch, daß
auch der Volksparteiler Heinze für den Antrag ein-
trat und dabei ein Verkenntnis zur strengen Befestigung
schulische ablehnte.

Im übrigen ging der Kampf im Ausschuß um den
Charakter der Gemeinschaftsschule als Regel-
schule. Das Zentrum hatte keine ablehnende Haltung als
Verfechterin der religiösen Freiheit und der Gewissenfreiheit
zu bemängeln. Die sozialdemokratischen Abgeordneten
Crispien, Löwentz und Fischer stellten diese
Ablehnung der Gemeinschaftsschule als Regel-
schule als Verkenntnis der Religionsfreiheit dar, ihre Kinder in Be-
kenntnisschulen zu schicken. — Weiterberatung Freitag.

Sieg des Klasseninteresses

Von unfremdlichen Mitarbeiter in der
Tschschoslawakei

Die knallende Ohrfeige, die während der Budget-
beratungen im tschschoslawakischen Parlament der Land-
bündler Wagner von einem Abgeordneten der Deut-
schen Nationalpartei erhielt, wurde auch dem Aus-
lande berichtet. Aber sie war kein sonderlich wichtiges Er-
eignis. Sie bedeutete nicht einmal eine Verstärkung des
Gegensatzes zwischen deutschen Regierungsparteien und deut-
schen bürgerlichen Oppositionsparteien. Eine Ohrfeige ohne
politische Wirkung, obwohl sie politisch gegenläufig
„entpfeilte“.

Die Landbündler hatten wohl um ihre Chancen
gegenüber den tschschoslawakischen Koalitionsgruppen be-
sonders effektiv darzulegen, über die tschschoslawakische Frei-
heitsbewegung unmittelbar nach dem Unsturz gesteuert und
geleitet und auf die Gegenseiten der deutschen Sozialdemo-
kraten und der Deutschnationalen mit wütendem Wesschreie
über die „ausgehende Lande“ geantwortet — „ausgehende
Lande“ heißen bei den Reden der Oppositionellen —, und
diese Stallmännchen der Landbündler hatten in dem Zu-
kunftswort, geäußert. Der Zwischenfall diente aber keineswegs
als Vertiefung der Kluft zwischen Regierungspartei und
deutschnationaler Opposition gewertet werden. Denn,
diese Opposition hat gerade nach diesem Skandal die erben-
lichsten Anstrengungen gemacht, um der Regierungsmehrheit
zu beweisen, daß auch das Ziel dieser Opposition kein andres
ist als das der Mehrheit, daß auch die Opposition eigen-
lich — staatsfremd ist!

Die Deutsche Nationalpartei und die Nationalsozialisten
haben sich jahrelang sehr radikal gebildet, mit irrenden
Gedanken fesselt und den Hochverrat als nationale Pflicht
erklärt. Sie haben es noch während des Gemeindefest-
kampfes im Oktober den deutschen Regierungsparteien zum
Verwurf gemacht, daß diese um bloß materieller Vorteile
willen in die Regierung gingen, ohne für ihr Volk nationale
Zustandnisse zu erringen. Aber nach den Gemeindefest-
wahlen, als das Budget zur Verhandlung kam, wurden ihre
Redner nicht müde, zu betonen, daß auch sie zur Mitarbeit
im Staate bereit seien, und unmittelbar nach der Ohrfeige
die den Anschein erwecken konnte, als würde sich die
Feindschaft zwischen oppositionellen und regierungsetzenden
Deutschnationalen gelindert haben, wählte die Deutsche
Nationalpartei den Abgeordneten Dr. Rasche zu ihrem
Vertragsdeputierten, den wirtschaftlich denkenden, am wenigsten
nationalistischen, verständigungsbereitesten ihrer Führer. Der
gewählte Parteivorstand beeilte sich zu versichern, daß
er als seine wichtigste Aufgabe die Verständigung
zwischen allen deutschnationalen Parteien, den Zu-
sammenbruch des Bürgerrechts betrachte.

Eine unvermeidliche Entwicklung nähert sich ihrem Ab-
schluß. Die Stützen der Deutschen Nationalpartei sind die
tschschoslawakischen Industriellen. Diese Industriellen können
nicht auf die Dauer staatsfeindlich sein. Sie können es nicht
einmal ertragen, auf die Dauer zur Opposition zu gehören.
Wahl verlangt die derzeitige tschschoslawakische Bürger-
mehrheit alle gescheiterten Arbeiter ganz so, daß auch die
deutschen Industriellen zufrieden sein können; Einführung
von höheren Industriesteuern, eine Steuerreform, die den
großen Einkommen entlastet, eine Verwaltungsreform, die den
Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung fast ganz
ausschaltet, Angriff auf die sozialpolitische Gesetzgebung —
aber das genügt den deutschen Industriellen nicht. Sie
brauchen Berücksichtigung ihrer Wünsche nach Steuer-
nachlassen, Anwendung staatlicher Aufsicht, Kreditgewäh-
rung durch die staatlichen Einflüsse unterliegenden
Bankinstitute, Staatsinterventionen — und alles dies ist
nur möglich, wenn ihre Partei sich dem Staate nähert, wenn
sie sich „auf den Boden des Staates“ stellt. Das ist jetzt, da
der Klassencharakter der Tschschoslawakei sich so deutlich in
jeder Regierungshandlung, in allen Verwaltungsmaßnahmen,
im ganzen Staatskurs offenbart, unüberwindlich. Das
Schicksal über die Grenze ist ausfindiglos geworden, also
schaut man nach den Regierungskrisen.

Parallel verläuft die Entwicklung im proleta-
rischen Lager. Vor zwei Jahren noch standen die
tschschoslawakischen Sozialdemokraten in einer bis ganz nach rechts
reichenden allnationalen Koalition. Jetzt kämpften deutsche
und tschschoslawakische Sozialdemokraten gemeinsam gegen die
bürgerliche Reaktion, gegen die Anschläge der Sozial-
verhinderung. Vor wenigen Tagen haben sich die Parteivor-
stände der deutschen und der tschschoslawakischen Sozialdemo-
kraten geeinigt, im Januar einen gemeinsamen Kongreß
anzusetzen, der Sozialdemokraten aller Nationen
der Tschschoslawakei einberufen. Tschschoslawakische,
deutsche, ungarische, polnische und ukrainische Sozial-
demokraten werden an dieser Tagung teilnehmen. Wohl
wird dieser Kongreß nach nicht die Verständigung über alle
Streitfragen bringen, die bisher die Parteien trennten, wohl
dient er zunächst der Organisierung des gemeinsamen
Kampfes gegen die erstarrende Reaktion und der Abwehr der
geplanten Demoralisierung der Arbeiterbewegung, aber er
wird doch mit einem gewaltigen Aufbruch der beiden großen
proletarischen Parteien einander näherbringen. Wenn man
erwägt, daß sich auf diesem Kongreß zum ersten Male nach
zweimondlang Jahren, seit dem letzten österreichischen
Gesamtparteitag, deutsche und tschschoslawakische Sozialdemokraten
wieder zu gemeinsamer Beratung zusammenfinden werden,
dann wird einem die ungeheure Bedeutung dieses Kongresses

„Wenn Hindenburg stirbt...“

Der Stahlhelm für die Interessen der Eifentönige!

D. München, 9. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Im
Verfasser des Wählgesetzes versuchte am Donnerstag abend der
Stahlhelmführer Selbte zum erstenmal auf
sächsischen Boden Propaganda für seinen sogenannten
und der Frontsoldaten, nachdem sein in den
deutschen Wehrverbände unter sein Kommando zu bringen, ge-
scheitert war. Er machte aber keine Ausführungen,
sondern den vielen, an das bayerische Gemüt gemachten Kon-
zeptionen infolge ihrer erstaunlichen Armut an politi-
schen Ideen nur bei den anwesenden Stahlhelmsoldaten
abern den Beifall fanden. Selbte kritisierte die nationalen Par-
teien, die so in den Parlamentarismus verstrickt seien, daß
er weder nach innen noch nach außen hin sagen können, was
notwendig wäre. Trotzdem wolle und müsse der Stahlhelm
mit diesen Parteien zusammenarbeiten, wenn sie auf
folgenden vier Punkten bestehen: 1. Auf den 18. Januar 1927;
2. Widerruf der Kriegsschuldfrage; 3. keine
andere Reichsflagge als die schwarzweisse; 4. Einbeziehung
Österreichs in das Deutsche Reich. Mit Locarno und Genè
müsse man sich abfinden, damit Deutschland im Westen Ruhe
habe, niemals aber mit einem Ost-Locarno. Aus nationaler
Opposition wolle der Stahlhelm ein Instrument schaffen, das
eines Tages ein starker Mann gebrauchen würde. Dieser
Tag der Krise könne schneller kommen, als man denke, viel-
leicht schon durch den jetzt drohenden Konflikt in der
Eisenindustrie. Wenn dann der Stahlhelm aber zur
Macht komme, müsse er den Arbeiterkammeraden
in seinen Reihen sagen, daß wieder länger und
mehr gearbeitet werden müsse, sonst könne Deutschland seine
innere und äußere Befreiung nicht durchführen.

Die ganze kaum halbständige Rede des Stahlhelm-
führers war ein dünnes Gemisch von deutschnationalen und
nationalistischen Schlagworten, mit denen heute selbst in
München kein politischer Erfolg mehr zu er-
zielen ist. Abgestandenes Selterwasser!

Wie Selbte sich den kalten Putsch denkt: Besprechungen mit den Deutschen, nationalen und Volksparteiler

Im Zusammenhang mit der Münchner Stahlhelmver-
sammlung veröffentlicht die „Münchner Post“ einen Ge-
heimbericht aus einer Führerbesprechung des Stahlhelms, bei
der Selbte über das Zusammenwirken des
Stahlhelms mit der Regierungsbildung
folgende Ausführungen machte:

„Im Zukunft werden aller acht Tage Zusammenkünfte der
Führung mit jüngeren Kräften der Reichslandesaktionen der
Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen
stattfinden, in denen man die Ansichten und die Wünsche der Re-
gierung hören und andererseits der Regierung die Ansichten und die
Wünsche des Stahlhelms mitteilen werde. Der Zweck dieses
Beratung sei die Bildung einer nationalen Opposi-
tion nach außen hin durch den Stahlhelm. In allen Ländern
mit längerer parlamentarischer Erfahrung sei die nationale Opposi-
tion geradezu eine Regierungsbildung. Der Genè und Thotz
hätte man Tschschoslawakei das auch wissen lassen, aber dieser Mann
ist nicht so klug, habe einen Fehler, und das sei, kein Vertrauen
zu haben, nicht einmal zu sich selbst, und darum dauere es immer
so lange, bis er einen solchen Vorschlag annehme. Dies sei aber
nicht der Fall. Man werde sich also in Zukunft die Wille ge-
genüber gegenseitig zuwenden, und wenn

Strefemann wieder zu Verhandlungen reife, dann werde die Opposi-
tion in bester Form durchgeführt werden.
Es gebe jetzt zwei politische Zentren, die man im Auge be-
halten müsse. Der eine sei der der nächsten Wahl und der
andere der Zeitpunkt.

an dem Hindenburg die Augen schließe.
Veiters möchte noch so lange wie möglich hinausgeschoben werden,
aber über eines müsse man sich klar sein: wenn Hindenburg die
Augen schließe, werde für Deutschland das Eintreten, was für die
Donaumonarchie mit dem Tode Kaiser Franz Josephs eingetreten
sei, nämlich ein rassistischer Kampf um die Macht,
der die Hälfte der Nationalen auf dem Posten fände. Er habe sich
daher auch schon Gedanken über den Kandidaten der Nationalen
gemacht und auch mit anderen Kreisen deswegen Beratung ge-
nommen. Es sei eine Serie von Leuten, die jetzt auch
langsam und unmerklich unter irgendeinem Vorwand
durch die illustrierten Zeitungen populär gemacht würden,
so daß es sich schließlich ganz von selbst erledige, daß einer
dieser Leute aufgestellt werde. Das zweite, die kommenden
Reichstagswahlen, werde vielleicht eine noch größere Zersplitterung
bringen, aber das werde die ganze Entwicklung nicht ausfallen.
Im übrigen sei es die Aufgabe, sich auch hierher vorzubereiten und
daher müsse man so viel Posten und Komitee wie nur möglich, von
der Gemeindeverwaltung an, schon jetzt zu belegen trachten, denn
auch ein Reichspräsident in „nationalistischer“ Sinne könne nichts
machen, wenn er keine Funktionen habe. Diese Stellen zu be-
setzen, sei der Sinn der Parole:

Einmal in den Staat!

Er denke sich die weitere Entwicklung etwa folgendermaßen:
daß eines Tages ein Reichstagswahl, wenn ihm der Reichstag
sein Wählrecht ausprobiere, nicht zurücktreten, sondern dies sagen
werde: „Ihr habt auch nicht mein Vertrauen und ich verurteile Sie
daher.“ Ich habe unter eine Patente aufgeben und ich verurteile Sie
daher.“ Es könne sein, daß unter den Abgeordneten sich ein alter
Soldat befände, der aus dem Fronten schon würde, daß der
Gedanke gerade ist. Das alles sei seiner Auffassung nach kein
Zusatz, sondern gewissermaßen ein kalter Druck von oben,
aber das alles nütze nichts, wenn er nicht Reichsminister für
die verschiedenen Aufgaben zur Verfügung habe, und deshalb habe
er eine Liste von Leuten, denen er dann die verschiedenen Komitee
übergeben werde, Leute für die verschiedenen Wirtschaftsfragen
usw. Dieser Zeitpunkt, selbst die Regierung zu ergreifen, werde
eines Tages kommen, und er könne sich wohl denken, daß die jetzige
Regierung oder irgendeine andre durch das fortgesetzte Treiben der
nationalen Opposition einfach beseitigt werde, so sagen: Ihr redet
immer so groß und fordert so großes, bitte übernehmt jetzt die Re-
gierung. Und dieser Tag sei entweder der des Erfolges oder der
der endgültigen Klamage.

Eingestellt. Das gegen Generalmajor a. D. v. Schönau
vor mehreren Monaten eingeleitete Landestrattöver-
fahren ist nunmehr eingestellt worden. Das Verfahren
wurde begründet mit einem Artikel, in dem Schönau behauptet
hätte, daß in der Reichswehr früher Soldaten illegal eingestellt
worden seien. Der Oberreichsanwalt hat wohl selbst die Rache-
pflicht einer solchen Anschuldigung eingesehen, nachdem der Kom-
plex „Schwarze Reichswehr“ monatelang im Zusammenhang mit
dem bekannten Heine-Prozess behandelt worden ist. Um so mehr
wäre im Interesse der Autorität unserer Justiz zu wün-
schen, daß künftig nicht schon bei so geringfügigen Anlässen das
Reichsgericht in Bewegung gesetzt wird.